

„Außerdem stand ja in unseren Zeitungen, Eisenhower habe erklärt, schon im kommenden Herbst würden deutsche Truppen an westalliierten Manövern teilnehmen. Weshalb sollten wir Zweifel an der Echtheit des uns erteilten Auftrags haben?“

Was Laursen danach noch herausprüdelte, ließ ihn selber abwechselnd weiß und rot werden:

„Den größten Teil der Garne für die Strümpfe, Unterzeuge und Handschuhe haben wir bereits in Frankreich fest bestellt. In den dänischen Textilfabriken, denen ich die Aufträge weitergegeben habe, rasen die Spindeln seit Wochen auf vollen Touren. Wir sind alle bankrott, wenn aus diesem Geschäft nichts wird.“

Was den Leiter des bundesministeriellen Textilreferats, Dr. Töpfer, erschrecken ließ, war die schlankweg vorgetragene Behauptung des Dänen: „Außerdem habe ich ja Herrn Bögeholz 500 Mark gegeben, damit er mir die Abwicklung des gesamten Auftrags überträgt.“ Bögeholz ist Referent im Skandinavienreferat des Wirtschaftsministeriums.

Erik Laursen behauptet, er habe Papiere in Händen, die alle Bögeholz' Unterschrift tragen. Mit einem solchen Papier mußten sich auch wenige Stunden später die Schriftgelehrten des Bundeskriminalamtes befassen. Sie konstatierten: „Grobe Fälschung!“

Erik Laursen aber behauptet eisern, mit Bögeholz schon vor Beginn des großen Unterhosengeschäfts verhandelt zu haben. Und behauptet noch mehr: „Uns wurde die Zusage auf zollfreie Einfuhr von 15 Millionen DM nach Deutschland gemacht. Wir haben auf der Frankfurter Messe zu Preisen ausgestellt, die uns Aufträge schockweise einbrachten.“

Zusammen mit 1200 Dutzend Strümpfen, Unterhosen und Handschuhen lagern im Hamburger Rheinschuppen die ersten drei Kartons buntwollener Damensweater für diese Bestellungen.

Erik Laursen flog a tempo nach Kopenhagen zurück, angeblich in der Absicht, das ganze Aktenbündel über die Vorgeschichte dieses Warenauftrags zu holen, das in seinem heimatischen Geldschrank liege.

Die Beamten des Bundeskriminalamtes, in ihrer Mitte Referent Bögeholz, warteten auf dem Düsseldorfer Flugplatz vergeblich auf die Rückkehr des Dänen.

Einen Tag später traf er jedoch mit seinen Dokumenten in Hamburg ein und gab in der Vernehmung durch die Zollfahndungs-Inspektoren Brede und Schröder zu: Nicht an Bögeholz direkt habe er 500 DM gezahlt, sondern an Lanby zwecks Weiterleitung an Bögeholz. Der Beamte war also entlastet.

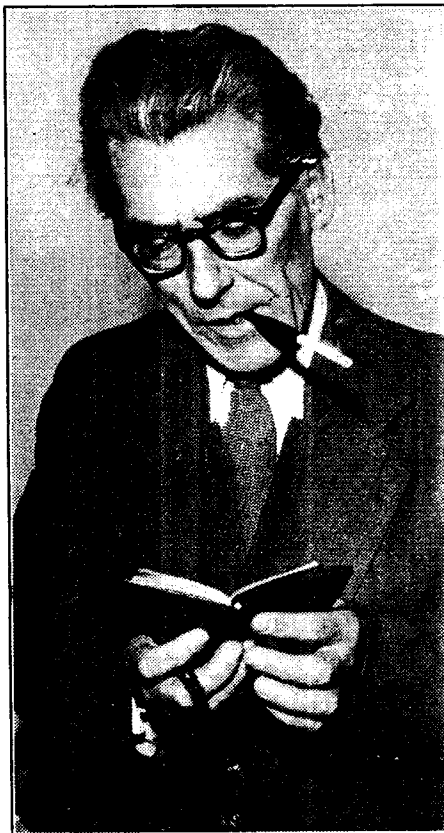
Zollfahnder und Kripo glauben nicht, daß Lanby sein Luftgeschäft ohne Komplikationen gestartet hat.

Noch rätseln die Bonner Beteiligten, was Lanby damit bezweckte. Den Beamten und Abgeordneten erscheint bisher nur eine Kombination schlüssig: In Wirklichkeit konnte niemand mit diesem Geschäft Geld verdienen, weil die bundesamtliche Auftragsstelle „Wirtschaftsgebiet Trikotagen und Textilien“ eine Erfindung von Lanby ist und keine Außenhandelsbank auch nur einen Pfennig gezahlt hätte.

Wie aber, wenn Lanby im Ostauftrag in Dänemark Unterhosen, Strümpfe und Handschuhe für 600 000 bundesdeutsche Soldaten bestellt hätte, um daraus politisches Kapital zu schlagen?

An dem Tag, an dem das Geschäft platzen sollte, hätte ein möglichst großer Posten verdächtiger militanter Ausrüstungsstücke zum Beweis der westdeutschen Remilitarisierung im Hamburger Hafen gelegen. (Noch am 25. März trafen weitere Kolliis khakifarbener Manufakturen ein.)

Dann hätte die KP in Hamburg schon für den nötigen Krawall gesorgt und alle Dementis der Bundesregierung mit „Dokumenten-Fotos“ erschlagen.



Lieber Milch trinken
Gegen billige Zigaretten: **Even**

ZIGARETTEN-STEUER

Frühlings-Senkung

Was Westdeutschlands Raucher längst aufgegeben hatten, ist eingetreten: hinter dem kostspieligen Virginia-Qualm ihrer Ein-Groschen-Zigaretten zeigt sich ein neuer Hoffnungsschimmer auf eine Senkung der Zigarettenpreise. Im Bonner Bundestag steht die Neuordnung der Tabaksteuer auf dem Programm.

„Da der zunehmende sogenannte Besatzungsschmuggel durch deutsche Maßnahmen auf dem Gebiet der Zollüberwachung nicht wirksam bekämpft und nur durch eine Preissenkung der deutschen Tabakerzeugnisse ausgeschaltet werden kann“, bugsiiert Anfang März sogar Fritz Schäfers christlich-demokratische Parteifreunde einen Antrag auf eine Reform der Tabaksteuer in das Bundesparlament.

Und da die Freien Demokraten schon vorher eine Tabak-Anfrage eingebracht hatten, die SPD schließlich mit einem eigenen Antrag folgte und alles zusammen letzte Woche bereits dem Bundestagsausschuß für Finanz- und Steuerfragen überwiesen wurde, scheint der parlamentarische Weg tatsächlich für ein Gesetz geöffnet, das an Originalität kaum noch zu übertreffen wäre:

● die Verstärkung der alliierten Truppen in Westdeutschland zum Zwecke der Verteidigung Europas, die dem mit einem Jahresbeitrag von 8,8 Milliarden D-Mark belasteten Bundeshaushalt fast die Puste ausgehen läßt, bewegt diesen selben Bundeshaushalt zu einer Senkung seiner weitaus wichtigsten Steuer, der Verbrauchsteuer.

Anlaß dazu ist das vorläufige Scheitern der Versuche Bundeskanzler Adenauers und seines Finanzministers bei den Verteidigungsgesprächen mit den Hohen Kommissaren auch wirksame Garantien gegen eine Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit billigen alliierten Marketerwaren auszuhandeln. Von dem deutschen Vorschlag, Zigaretten und Kaffee an die künftigen Schutztruppen nur noch in gekürzten Rationen und außerdem nicht mehr — wie es heute geschieht — völlig zoll- und steuerfrei abzugeben, wollten die Alliierten bisher nicht viel wissen.

Sechs Milliarden unversteuerte Zigaretten wurden nach Schätzungen der Zollverwaltungen allein 1950 in der Bundesrepublik geraucht. Das entsprach einem guten Viertel der versteuerten deutschen Produktion. 1951 waren es nach der gleichen Quelle „infolge schärferen Durchgreifens der Zollbehörden“ schätzungsweise noch 3,6 Milliarden Schmuggel-Zigaretten.

Aber in Bonn ist es längst kein Geheimnis mehr, daß diese Zahlen kein getreues Bild über die wahre Situation vermitteln können: einmal sind die alliierten Dienststellen und Wohnungen für die deutschen Zollbehörden tabu, so daß der Kleinverkauf durch Besatzungsangehörige der Kontrolle der Zollfahndung so gut wie entzogen ist, zum anderen aber lassen die ständigen Truppenverstärkungen den Schwarzhandel inzwischen schon wieder einen neuen Frühling erleben.

Frankfurts IG-Hochhaus meldet „Camel“- und „Pall-Mall“-Angebote wie nie zuvor. In den alliierten Wohnsiedlungen in Bonn, in den US-Hotels in Wiesbaden und den Kasernen und möblierten Zimmern von Baumholder und Kaiserslautern blüht das Geschäft, und in Berlin drohen sogar englische Marken den amerikanischen den Rang abzulaufen.

Rund 1,6 Pfennig kostet heute die US-Zigarette unverzollt frei europäischen Hafens, und für 4,6 und meist sogar 9 Pfennig wandert sie schließlich in die Hände der deutschen Verbraucher.

Für die 1200 Zigaretten, die sich jeder US-Besitzer und -Angehörige monatlich in seinen Besatzungsläden abholen kann (pro Woche 15 Päckchen je 20 Stück), zahlt er ganze 0,5 Cents, das sind 2,1 Pfennig das Stück. „Wenn diese 1200 Zigaretten zum amerikanischen Durchschnittslebensstandard gehören, müßte das amerikanische Volk in absehbarer Zeit an Nikotinvergiftung zugrunde gehen“, bemerkte die „Süddeutsche Tabakzeitung“, das einflußreichste Blatt der deutschen Tabakwirtschaft, vor einem Monat spitz.

Drei Wochen später, am 22. März, rühmte die amerikanische „Neue Zeitung“, daß der Zigarettenverbrauch in den USA 1951 zum zwölften Mal hintereinander neue Rekordhöhen erklommen habe und jetzt so groß sei, „daß auf jeden Haushalt pro Tag ein Päckchen Zigaretten entfällt“. Das wären 600 Stück pro Monat und Haushalt. Ein amerikanisches Ehepaar in Deutschland bekommt aber 2400 Stück im Monat.

Im Bundestag erklärte Bundesfinanzminister Schäffer letzte Woche trotz allem voll Optimismus, daß mit den Alliierten doch noch eine vernünftige Regelung zur Eindämmung des Schmuggels mit Besatzungswaren getroffen werden könne. Für ihn besteht das Tabaksteuer-Problem aus

einer einfachen kameralistischen Rechnung:

„Einer Steuersenkung stimme ich nur zu, wenn der durch die Preisverbilligung eintretende Mehrkonsum den Steuerausfall an der einzelnen Zigarette wieder wettmacht.“ Auf die 2,4 Milliarden DM Tabaksteuer, zu denen die westdeutschen Raucher dem Staat in dem jetzt abgelaufenen Wirtschaftsjahr verhalfen, will Schäffer also auch in Zukunft nicht verzichten.

Eine Annahme des zur Debatte stehenden Vorschlages vom Verband der Zigaretten-Industrie, den Preis der gängigen 10-Pfg.-Zigarette (die etwa 92 Prozent des Gesamt-Zigarettenkonsums ausmacht) auf 8½ Pfennig zu senken, würde jedoch bedeuten, daß der Staat künftig an jeder Zigarette statt 6,6 nur noch 4,7 Pfennig an Tabak- und Materialsteuer verdienen würde. Statt etwa 1,8 Milliarden DM würde der Zigarettenverkauf dem Bund — am heutigen Konsum gemessen — nur noch rund 1,3 Milliarden DM jährlich einbringen.

Der Jahresumsatz an versteuerten deutschen Zigaretten müßte von heute 28,4 Milliarden Stück auf künftig knapp 40 Milliarden Stück, also um etwa 40 Prozent steigen, wenn dieser Steuerausfall von etwa einer halben Milliarde DM wieder gutgemacht werden soll. Die neue Parole für die Raucher müßte also lauten: Mehr rauchen oder die Steuer steigt wieder.

Für den Einzelraucher, der pro Tag zehn Zigaretten raucht, im Monat also 30 DM anlegt, ergäbe sich folgende Rechnung:

- Wenn jede Zigarette anstatt bisher 6,6 durch die Senkung künftig nur 4,7 Pfennig Steuern einbringt, muß er anstatt 300 Zigaretten 40 Prozent mehr rauchen, wenn der Steuerertrag gleich bleiben soll. Das wären 420 Zigaretten zu 8½ Pfennig. Diese größere Ration würde ihn im Monat nur 4,86 DM mehr kosten als die bisherigen 300 Zigaretten.

Die Rechnung hat also eine reelle Chance.

Bei den westdeutschen Zigarrenrauchern hat die Sache allerdings schon einmal nicht so recht geklappt. Seit der im Februar 1950 in Westdeutschland erfolgten Senkung der Tabaksteuer für Zigarren hat sich der westdeutsche Zigarrenkonsum stückzahlmäßig rundweg verdoppelt, sich aber so auf die billigeren Sorten verlagert, daß der Bund

- im Rechnungsjahr 1950/51 rund 54 Millionen DM (19,5 Prozent) und
- im Rechnungsjahr 1951/52 etwa 70 Millionen DM (25 Prozent)

weniger Zigarrensteuer kassierte als im Jahre 1949/50.

Indessen aber gleiten dem Bundeshaushalt, der von seinen trotz des Zigarren-Reinfalls von 2,2 Milliarden DM (50/51) auf 2,4 Milliarden DM (51/52) gestiegenen Tabaksteuer-Gesamteinnahmen keinen Pfennig einbüßen möchte und den bei einer Senkung der Zigarettensteuer anfallenden Steuerverlust durch entsprechenden Mehrkonsum wieder hereinholen will, schon heute — auch ohne Tabaksteuersenkung — in jedem Monat viele Millionen aus den Fingern.

Selbst wenn im vergangenen Jahr tatsächlich nur 3,6 Milliarden Schmuggelzigaretten geraucht worden wären, käme das allein schon einem Steuer- und Zollausfall von rund 300 Millionen DM gleich.

Und außerdem ist dem Fiskus genau das passiert, was ihm bereits vor einem Jahr gewissagt wurde (s. SPIEGEL Nr. 21/51, „Weg von der Selbstgedrehten“): die Zigaretten- ebenso wie die Zigarren- und Tabakfabriken, die bei vom Staat

festgesetzten Endverbraucherpreisen die in die Höhe geschnellten Kosten für Löhne, Rohstoff und Verpackungsmaterial selbst auffangen mußten, können ihren steuerlichen Verpflichtungen dem Staat gegenüber längst nicht mehr nachkommen.

Schon im Oktober 1951 mußte das Bundesfinanzministerium ihnen einen Teil der laufend fällig werdenden Tabaksteuer bis zum 31. März 1952 stunden. Inzwischen wurde der Vollstreckungsaufschub bis zum 30. April 1952 verlängert, rund 160 Millionen DM sind bereits an Steuerschulden aufgelaufen, und auch Fritz Schäffer weiß, daß die Industrie diesen Betrag ohne eine Steuersenkung nie wird zurückzahlen können.



Die Deutschen benahmen sich besser...
Chef-Verteidiger Paget

Während also der Bund noch nicht weiß, ob er mit einer Tabaksteuer-Senkung ein schlechtes Geschäft macht, ist er jetzt — ohne Tabaksteuerreform — schon dabei, Millionensummen zu verlieren. Das gibt den westdeutschen Rauchern Hoffnung, daß der Ausschuss für Finanz- und Steuerfragen die vorgeschlagene Reform gutheißend wird.

Auch gegen die Stimmen der Leute, die, wenn sie es könnten, die geplante Senkung der Tabaksteuer jederzeit torpedieren würden. Selbst in der CDU/CSU-Fraktion gingen die Meinungen noch auseinander, erfuhr der Bundestag letzte Woche aus dem Munde des CDU-Abgeordneten Johannes Even. Der plädierte für eine Senkung des Milchpreises oder der allgemeinen Umsatzsteuer und beschwor die Gefahren des Nikotingenusses für die Jugend, aber auch für die Erwachsenen.

MANSTEIN

Der Geist von Saporoshje

Ich habe versucht, das Beweismaterial aus Ost und West objektiv zu studieren und ich glaube, daß die deutsche Wehrmacht sich mindestens ebenso gut benommen hat, wie nur irgendeine Armee, die ihr gegenüberstand — ausgenommen vielleicht unsere eigene, und weit besser als die Armeen von einigen unserer Alliierten.“

So Reginald Theodor Paget, Labour-Abgeordneter im Londoner Unterhaus aus dem Wahlbezirk Northampton. Der hagere, ausgediente Oberleutnant der Royal Navy, im Zivilberuf angesehener Rechtsanwalt, macht sich nichts daraus, daß ihn seine Parteigänger wegen solcher Erklärungen shocking finden.

Er trägt mit Stolz den Titel „The Queen's Counsel“*, aber ebenso mit Anstand, daß man ihn wie manchen seiner Vorfahren, die kauzige Aerzte, absonderliche Advokaten und verschmitzte Kaufleute waren, „the mad Paget“ (den verrückten Paget) nennt.

Eine Verrücktheit vom Standpunkt der Barrister — der Advokaten, die als einzige in England vor den hohen Gerichten plädieren dürfen — war es schon, daß Paget 1949 unentgeltlich die Verteidigung des letzten Deutschen übernahm, der wegen „Kriegsverbrechen“ vor ein britisches Sondertribunal gestellt wurde.

Dieser letzte Deutsche — nach Ansicht des britischen Militärkritikers Liddel Hart „der fähigste aller deutschen Generale“ — war der Festungsknacker von Sewastopol, Generalfeldmarschall a. D. Fritz Erich von Lewinski, genannt von Manstein. Er wurde, trotz Paget, zu 18 Jahren K.V.-Haft verurteilt. Später ist dann das Strafmaß auf 12 Jahre herabgesetzt worden.

Während der Feldmarschall, vom grauen Star halb geblendet, eine 5×4 Meter große Zelle im Kriegsverbrecher-Sonderbau des Zuchthauses von Werl bei Soest bezog, führte sein britischer Anwalt weiter einen nütigen Feldzug für seinen Kriegsverbrecher.

Als neue Waffe benutzt er jetzt sein hochbrisantes Buch „Manstein — his Campaigns and his trial“ („Manstein — seine Feldzüge und sein Prozeß“), das vor einigen Monaten in London erschien und im April nun auch in deutscher Uebersetzung beim Limes-Verlag in Wiesbaden herauskommt.**)

Für die kühlen englischen Kritiker von rechts und links hat sich Paget mit seinem Buch im Hechtsprung in einen Siedekessel heißer Empörung und wilder Uebertreibung gestürzt. Für ihn wird Manstein ein Held, ein Idol, ein Mann, der nichts Falsches oder Ehrloses getan haben kann. Sein rhetorischer Stil ruiniert seine Argumente.

Manstein selbst durfte Pagets Buch offiziell nicht lesen. Als es ihm ein Freund nach Werl schickte, wies es die Postkontrolle zurück. „Daß er es dennoch vor dem Druck Seite für Seite gelesen hat, ist eine andere Sache“, lächeln seine Vertrauten.

Der hagere Aristokrat mit den stets geröteten kranken Augen ist für die britischen Wächter in Werl, wo noch 145 „Kriegsverbrecher“ sitzen, der schwierigste Kunde. Alles muß seine Ordnung haben, oder es gibt Krach.

Mit Frühgymnastik, Seilspringen und Steinstößen während des erlaubten Aufenthaltes im „Generalsgarten“ hielt er sich

*) Gehobener Anwaltstitel, soviel wie Kronanwalt.

**) Reginald T. Paget: „Manstein — seine Feldzüge und sein Prozeß“, Limes Verlag, Wiesbaden, Preis: 13.50 DM.